

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages, Stephan Bothe und Thorsten Paul Moriße (AfD)

**Zunehmende Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst - Handlungsbedarf und Maßnahmen des Landes?**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages, Stephan Bothe und Thorsten Paul Moriße (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 06.05.2026

In einem Bericht der *Wilhelmshavener Zeitung* vom 23. April 2026 schildern Beschäftigte der Stadt Wilhelmshaven eine Zunahme von Gewalt, Bedrohungen und verbalen Angriffen im öffentlichen Dienst. Auf einem von der Gewerkschaft ver.di zusammengestellten Transparent werden u. a. folgende Aussagen dokumentiert:

- „In unserer Dienststelle wurde randaliert.“
- „Ich habe Angst um meine Familie.“
- „Ich wurde in meinem Büro angeschrien und bedroht.“
- „Ich wurde von einem Klienten öffentlich angefeindet und bedroht.“

Beschäftigte berichten von beschädigten Türen, Schreien auf Fluren, zunehmender Aggressivität im direkten Kontakt sowie einer Verschärfung der Stimmung in sozialen Medien. Besonders betroffen seien Bereiche des Sozialwesens und Dienststellen mit hoher Publikumsfrequenz wie etwa die Kfz-Zulassungsstelle.

Die Gewerkschaft ver.di fordert ein umfassendes Sicherheitskonzept, verbindliche Meldestrukturen, konsequente Strafanzeigen durch den Arbeitgeber sowie verstärkte Maßnahmen wie Deeskalationsschulungen, Selbstschutzangebote und funktionierende Notfallsysteme. Die Stadt Wilhelmshaven verweist auf bereits eingeleitete Schritte, darunter Sicherheitsdienste, Schulungen, psychosoziale Betreuung und bauliche Veränderungen.

1. Wie bewertet die Landesregierung die im Bericht geschilderte Zunahme von Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Wilhelmshaven?
2. Liegt der Landesregierung eine aktuelle statistische Erfassung über Übergriffe, Bedrohungen, Beleidigungen oder andere sicherheitsrelevante Vorfälle in kommunalen und landeseigenen Dienststellen vor? Falls ja, wie haben sich diese Zahlen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte jährlich darstellen)? Falls nein, plant die Landesregierung eine systematische Erfassung?
3. Welche Maßnahmen empfiehlt oder unterstützt die Landesregierung gegebenenfalls, um Beschäftigte in kommunalen Behörden besser zu schützen (z. B. bauliche Maßnahmen, Sicherheitsdienste, Deeskalationsschulungen, Notfallknöpfe, psychosoziale Betreuung)?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der Gewerkschaft ver.di, dass Arbeitgeber konsequent Strafanzeigen bei Übergriffen stellen sollen?
5. Welche Unterstützung bietet das Land den Kommunen gegebenenfalls bei der Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitskonzepten für gefährdete Dienststellen?
6. Inwiefern sieht die Landesregierung gegebenenfalls Handlungsbedarf im Hinblick auf eine zunehmende Verrohung der Kommunikation in sozialen Medien, die laut Bericht auch Auswirkungen auf das Verhalten gegenüber Beschäftigten im direkten Kontakt hat?
7. Plant die Landesregierung landesweite Leitlinien, Mindeststandards oder Förderprogramme, um Gewaltprävention und Mitarbeiterschutz im öffentlichen Dienst zu stärken?

(verteilt am 12.05.2026)